



aus dem vorletzten Jahrzehnt gebunden fühlen? Ist das nicht ebenso zweifelhaft wie das Versprechen, dass gut zweieinhalb Legislaturperioden nach dem verkündeten Atomausstieg 2022 die verbliebenen Reaktoren tatsächlich vom Netz gehen? Obwohl Bayern den Netzausbau behindert, wo es geht? Obwohl die CDU den Ausbau der Windenergie erfolgreich torpediert? Und obwohl die aktuelle Umweltministerin vernehmbar warnt, dass nirgendwo sonst in der Welt Kohle- und Atomausstieg gleichzeitig stattfinden sollen, während in den Zeitungen die neuesten AKW-Technologien als Klimaretter vorgestellt werden? Doch, ist es. Zweifel an Ausstiegsversprechen sind höchst angebracht, meinen wir, und halten es für keineswegs unwahrscheinlich, dass man sich je nach Opportunität zum gegebenen Zeitpunkt „Laufzeitverlängerungen“ überlegt, wie 2010, als die schwarzgelbe Merkel-Regierung kurzerhand den rot-grünen „Atomkonsens“ vom Tisch wischte.

Wach bleiben!

Wachsamkeit und ungebrochener Widerstandsgeist wären somit mehr als angebracht. Doch fatalerweise werden mit Ausstiegsversprechen ganz unabhängig von ihrer Glaubwürdigkeit selbst radikale Umweltbewegungen befriedet. Mit der Verkündung des sog. „Atomausstiegs“ schwand die Mobilisierungsfähigkeit der ehemals beeindruckenden Anti-Atom-Bewegung. Heute werden Personen, die aus denselben guten Gründen aufstehen, die vor zehn Jahren noch Tausende auf die Straßen und in die Wälder brachten, für ihre Aktionen bestenfalls belächelt.

Es wird kluges Agieren brauchen, um die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung beim Thema Kohle vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Gelingt dies nicht, könnte der Kohlekompromiss nicht nur keine Verbesserung, sondern in seiner Eigenschaft als Schlafmittel für die kritische Öffent-

lichkeit sogar eine dramatische Verschlechterung der Ausgangssituation für das Klima bewirken.

Um aktionsfähig zu bleiben, scheint es uns angezeigt, den Widerstand in den Dörfern zu unterstützen, die vom Weiterbetrieb der Braunkohlekraftwerke betroffen sind. An ihrem Beispiel lässt sich wohl am deutlichsten zeigen, dass ein Kohleausstieg nicht stattfindet, und in den Initiativen vor Ort lassen sich Verbündete finden, die nicht einfach das Aktionsfeld wechseln (können), wenn das Thema Klimapolitik in absehbarer Zeit als abgehakt gilt.

Energiepolitik bleibt Handarbeit

Für eine Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind

AKW-Erneuerungen und -Erweiterungen in Ontario (Kanada)

NukeNews Ontario steht vor einem Wendepunkt – es könnte seine 18 alternden Atomreaktoren stilllegen ODER es könnte sie erneuern, wodurch es sich für die nächsten 50 Jahre der teuren Atomkraft verschreiben würde. Die Regierung hat entschieden, zwölf Reaktoren zu erneuern und die Laufzeit von sechs zu verlängern. Währenddessen bietet Ontarios Nachbar Quebec günstige erneuerbare Energie aus Wasserkraft für ein Drittel des Preises an. Die Ontario Air Alliance spricht sich weiterhin für einen Deal mit Quebec aus, um die teuren AKWs zu ersetzen.

<http://www.Close-Pickering.ca>
<http://www.cleanairalliance.org/no-nuke-news/>



Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net

Deadline: 6. September 2019

Internet: <http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET>

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit acht Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen „NukeNews“ erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz und knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift tragen und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 06.09.2019 schicken.

